

# Unsere Meinung zum Haushaltstag

In letzter Zeit wurde unter den werktätigen Frauen besonders über den Haushaltstag diskutiert. Wir veröffentlichen deshalb nachstehend den Teil der Rede des Genossen Otto Grotewohl auf der Konferenz werktätiger Frauen am 24./25. Oktober 1953 in Berlin, in der er auf diese Frage grundlegend antwortet.

Die Red.

Um den Frauen die Arbeit in der Produktion zu erleichtern und ihnen die Möglichkeit und die Voraussetzungen für eine Weiterbildung außerhalb der Arbeitszeit zu gewähren, ist es vor allem nötig, die sozialen Einrichtungen der Betriebe energisch zu verbessern. Ich denke hier an den weiteren Ausbau von Kindergärten und Kinderwochenheimen sowie an Wäschereien und an die Näh- und Flickstuben in den großen Betrieben.

Doch in vielen Betrieben beachtet man diese elementaren Voraussetzungen nicht, und die Mittel für die Einrichtung von Betriebskindergärten und Nähstuben werden für andere Dinge verausgabt oder verfallen ...

Unsere gesetzliche Regelung sieht die Gewährung eines Hausarbeitstages für weibliche Arbeiter und Angestellte unter den Voraussetzungen vor, daß

1. der Ehemann voll beschäftigt, krank oder dauernd arbeitsunfähig ist;
2. pflegebedürftige Familienangehörige zum Haushalt gehören und die Pflegebedürftigkeit ärztlich nachgewiesen wird;
3. Kinder zum eigenen Haushalt gehören;
4. Jugendliche unter 16 Jahren bei der Mutter wohnen und in einem Ausbildungs- oder Arbeitsvertragsverhältnis stehen.

Viele Frauen, für die diese Voraussetzungen nicht zutreffen, sind an die Regierung herangetreten mit der Bitte, diese Bestimmungen zu erweitern. Sie begründen ihren Wunsch damit, daß der Hausarbeitstag eine unentbehrliche Hilfe für alle berufstätigen Hausfrauen und Mütter

sei. Die Regierung hat diese Anträge gründlich und gewissenhaft geprüft. Und wenn wir auch verstehen, daß es für viele Frauen schwer ist, neben ihrem Beruf auch noch den Haushalt zu führen, so sind wir doch zu der Auffassung gekommen, daß eine Erweiterung der bestehenden Bestimmungen im Interesse aller Werktätigen nicht zu verantworten ist. Wir gingen dabei von der Notwendigkeit aus, die Verwirklichung des neuen Kurses, der den Weg zu einem besseren Leben für die gesamte Bevölkerung erschließt, nicht zu gefährden.

Eine Erweiterung der Bestimmungen über den Hausarbeitstag würde der Produktion Millionen von Arbeitsstunden entziehen. Allein bei einer Arbeiterin fallen durch den Haushaltstag jährlich 96 Stunden für die Produktion aus. Ein bezahlter Hausarbeitstag kostet jährlich 96 Stunden Arbeitslohn. Zur Erfüllung der gestellten Forderungen wären jährlich etwa 40 Millionen DM erforderlich.

40 Millionen DM aber hat die Regierung kürzlich zusätzlich als Investitionsmittel für die Verbesserung der kulturellen und sozialen Einrichtungen bewilligt und darüber hinaus noch 30 Millionen für die Verbesserung von sanitären und hygienischen Einrichtungen.

Es wird den Frauen bestimmt verständlich sein, daß diese Millionen so richtiger angesetzt sind, als wenn sie für den Haushaltstag ausgegeben werden, weil sie jetzt allen Werktätigen, auch den Frauen, zugute kommen. Die entscheidende Hilfe für die Frau ist und bleibt nicht der Hausarbeitstag, sondern die ständige Verbesserung und Erweiterung der sozialen Einrichtungen in den Betrieben ...

## Leserzuschrift

## Die Kritik soll helfen und verändern

*Auf Grund der Kritik des Genossen Wolfgang Summerer im „Neuen Weg“ Nr. 14115, berichtet uns die Kreisleitung Wismut, Breitenbrunn (Erzgeb.), was sie in der Vergangenheit bei der Aufnahme von Kandidaten in unsere Partei versäumte und welche Vorsorge sie getroffen hat, um künftig solche Mißstände nicht mehr aufkommen zu lassen.*  
Die Redaktion

Der Genosse Summerer wurde in seiner Grundorganisation am 25. November 1952 als Mitglied in die Partei aufgenommen. Dieser Beschluß der Grundorganisation wurde am 10. Dezember 1952 vom Sekretariat der damaligen Objektpartei bestätigt. Um diese Zeit wurden die Beschlüsse, die das Sekretariat über die Aufnahme von Kandidaten faßte, immer erst dann herausgezogen und die Eintragungen in Fragebogen vorgenommen, nachdem das Protokoll der Sekretariatssitzung geschrieben war. Heute werden die Kandidaten oder Parteilos, die um Aufnahme in die Partei gebeten haben, zu einer Aussprache ins Sekretariat ein-

geladen. Dort wird in ihrer Anwesenheit zu dem Aufnahmeantrag Stellung genommen.

Die Unterlagen der bestätigten Kandidaten und Mitglieder wurden getrennt in je einer Mappe beim 2. Sekretär im Panzerschrank aufbewahrt. Dort befanden sich auch die Unterlagen über die abgelehnten Kandidaten und Parteilos. Dabei war dem 2. Sekretär der Fehler unterlaufen, daß er die Unterlagen des Genossen Summerer und auch des Genossen Koloschew in die Mappe der abgelehnten Anträge gelegt hat. Die Anträge gerieten somit in Vergessenheit.

Auf Grund einer Nachfrage des Genossen Koloschew wurde durch den 1. Sekretär, Genossen Kieß, veranlaßt, daß alle vorhandenen Unterlagen in der SED-Kreisleitung nochmals überprüft wurden. Dabei wurden dann die beiden Anträge gefunden. Beide Genossen wurden daraufhin sofort benachrichtigt und zu einer Aussprache ins Sekretariat eingeladen.

Das Dokument des Genossen Summerer wurde rückwirkend auf den Ter-

min seiner Aufnahme in die Partei von uns ausgestellt, und am 19. August 1953 hat er das Dokument in Empfang genommen.

Das gesamte Sekretariat der SED-Kreisleitung, nicht nur allein der 2. Sekretär, Genosse Schuster, hat in diesem Fall sehr mangelhaft gearbeitet. Die Posteingangsbücher wurden weder vom 1. noch vom 2. Sekretär kontrolliert. Sonst hätte es nicht passieren können, daß diese Unterlagen monatelang un bearbeitet im Sekretariat der Kreisleitung liegen konnten.

Sofort nach der Feststellung dieses Mangels wurde im Sekretariat eine Aussprache durchgeführt, bei der der 2. Sekretär ernsthaft ermahnt wurde und Maßnahmen eingeleitet wurden, damit derartige Dinge nicht mehr vorkommen können.

Der 2. Sekretär wurde beauftragt, die eingehenden Kaderunterlagen in den Postbüchern mindestens zweimal monatlich zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß sie ordnungsgemäß bearbeitet werden.

Genosse Kieß  
Kreisleitung Wismut, Breitenbrunn